

An die Vertreter des Lebensmitteleinzelhandels

An die Vertreter der Politik

Sehr geehrter Herr Dornseifer,

sehr geehrte Damen und Herren des Lebensmitteleinzelhandels,

sehr geehrte Damen und Herren der Politik,

bezugnehmend auf die aktuell anhaltende schwierige Situation im Bereich der Wertschätzung und Wertschöpfung landwirtschaftlicher Produkte und den dazu geführten Gesprächen mit Ihnen, teilen wir, die landwirtschaftlichen Vertreter der folgend einzeln aufgeführten Gesprächsrunden, unsere Ansichten und Forderungen mit.

- REWE Nord in Kiel am 04.12.2020, Jann-Harro Petersen, Markus Kühl, Malte Piening, Philip Clausen
- EDEKA in Hamburg am 10.12.2020, Jan-Bernd Stolle, Burkard Berg, Jann-Harro Petersen
- REWE West in Koblenz am 10.12.2020, Klaus-Peter Weinand, Martin Eudenbach, Elmar Hannen, Markus Büllsbach, Gregor Adams, Kurt Horst, Gerhard Saar
- Netto in Stavenhagen am 10.12.2020, Johannes Aalberts, Lorenz Petersen, Arnoud Korrel
- Aldi in Dellbrück am 11.12.2020, Tilo von Donner, Jann-Harro Petersen, Burkard Berg, Sabine Müller, Alf Schmidt, Jan-Bernd Stolle, Ludolf Noje, Hubertus Hüllmann
- Lidl mehrmals per Telefon (Klaus Gehrig) Burkard Berg, Jan-Bernd Stolle

Ihnen ist sicherlich bekannt, dass aufgrund der seit Jahrzehnten stagnierenden bis leicht fallenden Erzeugerpreise und den jährlich steigenden, geradezu explodierenden Produktionskosten, durch immer neue und höhere staatliche Auflagen ein Ungleichgewicht entstanden ist, das die landwirtschaftlichen Betriebe in dieser Form nicht mehr stemmen können.

Darüber hinaus trägt auch der LEH mit immer neuen Anforderungen durch eigene Ansprüche im Bereich der Lebensmittelerzeugung dazu bei, dass der Kostendruck bei den Erzeugern weiter steigt.

Diesen Zustand haben die Corona- und ASP-Krise, die beide unser Land erreicht haben, nur noch verstärkt.

Hinzu kommt, dass durch die Klimaproblematik der letzten 3 Jahre in den vor allem durch fehlende Niederschläge und Hitzeperioden geprägte Wachstumsphasen für Futtermittel sich eine katastrophale Unterdeckung eingestellt hat und dies zusätzlich zu hohen Futterbeschaffungskosten geführt hat.

Diese Kombination von unsäglichen und unverschuldeten Zuständen hat dazu geführt, dass die Landwirte bundesweit auf die Straße gegangen sind und dies auch weiterhin tun werden, wenn sie aus diesen

Gesprächen mit dem Lebensmitteleinzelhandel und der Politik keine Hoffnung auf Besserung erfahren können.

Es kann nicht sein, dass hochwertige Lebensmittel unter Herstellungskosten von den Betrieben vermarktet werden müssen.

Aus diesem Grund wenden wir uns heute gemeinsam an Sie, um Ihnen unsere Forderungen zu kurz-, mittel-, und langfristigen Lösungsansätzen mitzuteilen.

Sie, in Ihrer Funktion als Vertreter des Lebensmitteleinzelhandels aber auch als Gesprächspartner mit der Politik sind im besonderen Maße in der Verantwortung, die von Ihnen und der Politik immer beworbene regionale Landwirtschaft zu erhalten und zu schützen.

Folgende Punkte werden gemeinsam gefordert:

Kurzfristige Maßnahmen durch den LEH:

- Die Einkaufspreise für Schweine-, Geflügel- und Rindfleisch des LEH auf das Niveau vor Corona und ASP anpassen. Dies für einen Zeitraum, bis der „Schweinestau“ am Markt abgearbeitet ist.
Begründung: Der Geflügel- und Rindfleischmarkt leidet analog mit dem Schweinefleischmarkt.
- Gemeinschaftliches Öffnen aller Milchkontrakte, um die Erzeugerpreise kurzfristig anzupassen.
- Milchkontrakte auf angepasstem Niveau verlängern, 6-9 Monate, zumindest so lange, bis eine Normalisierung der Erzeugerpreise durch geänderte Rahmenbedingungen erwartet wird.

Kurzfristige Maßnahmen durch die Politik und begleitend mit Druck des LEH:

- Corona-Hilfen für die zurückliegenden Verluste in der Landwirtschaft bis zum Zeitpunkt, ab dem die geänderten Erzeugerpreise wirken. Hier ist die Höhe der Hilfe, ebenso wie in der freien Wirtschaft und vergleichbaren systemrelevanten Branchen, auf 75 % vom Umsatz zu wählen.
Die monatliche Mittelwertbildung muss in der Landwirtschaft jedoch zwingend über einen längeren Betrachtungszeitraum erfolgen, um saisonale Schwankungen des Umsatzes- aber auch Umsatzschwankungen hervorgehend aus unterschiedlichen Produktionszyklen - zu erfassen und auszugleichen.
Als Betrachtungsgrundlage wird hier ein 12 Monatszeitraum über 1-3 Jahren vorgeschlagen.
- Umsetzung des Regionalisierungskonzeptes, um den Export von Schweinefleisch zu ermöglichen.
Stichwort: Marktentlastung.
Anmerkung dazu: Andere EU-Mitgliedsstaaten haben dies bereits nach dem Auftreten der ASP in Belgien vor über 2 Jahren veranlasst und umgesetzt, nur Deutschland nicht.
Dieser Zustand muss sofort geändert werden.

Mittelfristige Maßnahmen durch den LEH:

- Offene Kommunikation und Transparenz über die Gestaltung der Preise der Lebensmittel und damit verbunden über die Erzeugerpreise, die auf den Höfen bei den Landwirten daraus hervorgehend ankommen.
Ziel muss es sein, dass ein wirtschaftlich auskömmlicher Grundpreis für **alle landwirtschaftlichen Produkte** gefunden wird.

An diese, wie beschriebenen, angepassten Grundpreise für konventionell erzeugten Produkte kann jedes erweiterte Haltungs- bzw. Erzeugungsprogramm angegliedert und - bei entsprechender Vergütung - auch produziert werden. Siehe dazu auch folgenden Punkt.

- Selbstverpflichtende Herkunftskennzeichnung für alle Produkte und Produktbestandteile.

Mittelfristige Maßnahmen durch die Politik und begleitend mit Druck des LEH:

Einrichten eines Runden Tisches (Stakeholder) der gesamten Vermarktungskette inklusive der Politik. Regelmäßiger Austausch über die ggf. veränderten Herstellungskosten auf Erzeugerseite, Kosten auf Seite der Verarbeiter und Bereitstellungskosten des LEH, um diese zu erfassen und gegenseitig anzuerkennen. Hier muss die Pflicht gelten, dass ein Preiskampf im Bereich des LEH nicht auf Kosten der Erzeuger und auch Verarbeiter ausgetragen wird. Darüber hinaus muss sich Gedanken um ein präventives Marktkrisenmanagement gemacht werden, um auf Krisensituationen frühzeitig reagieren zu können.

- Der Artikel 148 der Marktordnung ist binnen kürzester Zeit umsetzbar.

Es muss verhindert werden, dass weiterhin durch unverschuldete Zuständen Eigenkapital von den Höfen abfließt.

Langfristige Maßnahmen durch die Politik und begleitend durch den LEH:

- Ziel: Möglichkeit einer langfristigen Vertragsgestaltung für landwirtschaftliche Produkte. Themenpunkte wie der Marktordnung und das Marktstrukturgesetz sind zwingend anzugehen, um dieses Ziel umzusetzen.
- Die Inhalte des Landwirtschaftsgesetzes von 1955 gelten dann als umgesetzt, wenn innerhalb des 4-jährigen Berichtszeitraums mindestens eine Vollkostendeckung erreicht wird. Und das für **jeden** Produktionsbereich und **jedes** Produkt.
- Gesetzlich verpflichtende Herkunftskennzeichnung für alle Produkte und Produktbestandteile.

Sehr geehrte Damen und Herren,

dies sind unsere Forderungen -als Vertreter eines Teils der landwirtschaftlichen Basis- an Sie, als Vertreter des Lebensmitteleinzelhandels und der Politik. Wir teilen Ihnen dies in der Gewissheit mit, dass eine breite Anzahl der landwirtschaftlichen Kollegen hinter uns steht und diese Erwartungshaltung ebenfalls an Sie hat. Dies konnte bei den zahlreichen Aktionen unter Beweis gestellt werden, die letztendlich zu den besagten Gesprächen geführt haben.

Unser Forderungsapell richtet sich daher gemeinsam an Sie. Sie haben es nun in der Hand, ob es zukünftig noch eine regionale - und damit verbunden -nachhaltige Landwirtschaft in Deutschland geben wird.

Sie als Vertreter des LEH haben nicht nur eine Verantwortung für Ihre Unternehmen, sondern auch für die von Ihnen beworbene Herkunft regionaler Produkte und deren Erzeuger.

Ohne diese Basis bricht Ihnen mittel- bis langfristig die Grundlage ihrer in Teilen hervorgestellten Werte im Bezug auf die Lebensmittelerzeugung weg.

An die Politik sei dieser Apell gerichtet, um endlich den getätigten Worten auch Taten folgen zu lassen. Bisher entsprachen die Beteuerungen, dass man sich für den Erhalt der landwirtschaftlichen Betriebe einsetzen werde, nicht den daraus folgenden Maßnahmen. Wie in der Einleitung beschrieben, nimmt die ausufernde gesetzliche Reglementierung Überhand und hat zur Folge, dass nicht realisierbare Anforderungen den Landwirten aufgebürdet werden. Die Zahl der Hofaufgaben – nicht nur mangels Nachfolgeregelung, sondern auch aufgrund nicht nachhaltig erzielbarer Familieneinkommen- als verträglich zu benennen, ist für uns ein Schlag ins Gesicht.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir können nur eindringlich an Sie appellieren: Nehmen Sie diese Ihnen gebotene Chance an, um gemeinsam mit uns eine neue Grundlage in der Wertschöpfungskette der Lebensmittelproduktion zu schaffen und den landwirtschaftlichen Betrieben damit ein Überleben zu ermöglichen. Eine Grundlage, die zukünftig mittels eines Dialoges auf Augenhöhe stattfinden muss. Wir sichern Ihnen im Gegenzug von unserer Seite die volle Bereitschaft, dieses Vorhaben in den Gesprächen zu begleiten. Darüber hinaus können wir Ihnen bei positiver Rückmeldung Ihrerseits zu diesem Forderungsapell eine Art Friedenspflicht für die von uns vertretene Basis anbieten.

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten.

Die Zukunft der Landwirtschaft startet jetzt.

Mit freundlichen Grüßen

Jann-Harro Petersen	Jan-Bernd Stolle	Burkard Berg	Markus Kühl	Malte Piening
Philip Clausen	Klaus-Peter Weinand	Martin Eudenbach	Elmar Hannen	Kurt Horst
Gregor Adams	Markus Büllsbach	Marcus Blome	Johannes Aalberts	Tilo von Donner
Lorenz Petersen	Peter Guhl	Sabine Müller	Jann-Henning Dircks	Johannes Lamers
Ludolf Noje	Hubertus Hüllmann	Phillip Dreyer	Alf Schmidt	Michael Behrens
Arnoud Korrel	Georg Haltermann	Steffen Weller	Manuel Epper	Sören Deppner
Jürgen Thielker	Ricklef Ebeling	Martin Bößenecker	Gabriele Regele	Manfred Regele
Klaus Behrens	Friedhelm Schulte-Siering		Peter Habbena	Heinrich Rauert